



Rhein-Kreis Neuss · 41513 Grevenbroich

Bundeskanzleramt
Herrn
Bundeskanzler
Olaf Scholz
Willy-Brandt-Str. 1
10557 Berlin

9. November 2023

Dringende Bitte um Rücknahme der beabsichtigten Kürzungen im Bereich der Jugendmigrationsberatung und der Migrationsberatung für Erwachsene durch den Bund

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler Scholz,

mit großer Sorge muss ich in der letzten Zeit wahrnehmen, dass der Bund im Rahmen der Haushaltsberatungen beabsichtigt, Kürzungen teils erheblicher Art im Bereich der Beratungen durch die Jugendmigrationsdienste und im Bereich der Migrationsberatung für Erwachsene (MBE) durch die Träger der Freien Wohlfahrtspflege, durchzuführen. Als Landrat des bisher wirtschaftsstarken Standortes Rhein-Kreis Neuss im bevölkerungsreichsten Bundesland Nordrhein-Westfalen kann mir dieses Vorhaben zur Mitteleinsparung nicht gleichgültig sein.

Rund 450.000 Einwohner in den sieben Städten Neuss, Grevenbroich, Dormagen, Meerbusch, Kaarst, Jüchen und Korschenbroich sowie in der Gemeinde Rommerskirchen haben ihre Heimat im Rhein-Kreis Neuss. Unsere kreisangehörigen Kommunen bilden zusammen mit dem Kreis und mit vielen weiteren hauptberuflichen und ehrenamtlichen Akteuren einen erfolgreichen Verbund zum Wohle der hier lebenden Menschen. Dies ist aber weder selbstverständlich, noch ein Selbstläufer, sondern das Ergebnis einer langjährigen, abgestimmten und verlässlichen Zusammenarbeit.

Gute Arbeitsmöglichkeiten, soziale Sicherheit und eine ausreichend hohe Lebensqualität müssen allen Menschen offenstehen. Menschen mit Zuwanderungsgeschichte müssen sich diese Dinge erst mühevoll erarbeiten und benötigen vielfältige, aufeinander abgestimmte Angebote. Sie sind auf diese Hilfen unbedingt angewiesen und erhalten sie, insbesondere in den ersten Jahren der Neuzuwanderung, im Bereich der so wichtigen Beratungs- und Unterstützungsarbeit für zugewanderte Menschen.

Die Dienstleistungen der Verbände der Freien Wohlfahrtspflege stehen grundsätzlich allen zugewanderten Menschen, gleich welcher Herkunft und Nationalität, offen. Die Fachdienste der Freien Wohlfahrtspflege arbeiten mit interkultureller Kompetenz und fördern den interkulturellen Dialog und die interkulturelle Öffnung anderer Dienste, Einrichtungen und Institutionen. Sie verfügen seit vielen Jahrzehnten über Kenntnisse zu Migration und Zuwanderung, kennen kulturelle Hintergründe anderer Ethnien, verfügen über kulturelle Sensibilität, Mehrsprachigkeit und statusrechtliches Wissen. Sie sind in der Lage vertrauensbildende Maßnahmen einzuleiten, Zugangsbarrieren zu erkennen und abzubauen und besitzen die Befähigung zum interkulturellen Handeln. Daher sind sie in ihrer wertvollen Beratungstätigkeit für neu zugewanderte Menschen nicht zu ersetzen.

Die Beratungs- und Betreuungsdienste der Verbände der Freien Wohlfahrtspflege einschließlich dem Jugendmigrationsdienst sind im Rhein-Kreis Neuss untereinander abgestimmt und in regionalen Netzwerken eingebunden. Die Arbeit erfolgt mit und für Zuwanderer und deren Familien, unter Einbindung der einheimischen Bevölkerung, mit allen sozialen Diensten, öffentlichen und freien Trägern wie z.B. Integrationskursträger, Anerkennungsstellen, Arbeitsagenturen und Ausländerbehörden, den Kommunen im Rhein-Kreis Neuss, Freiwilligen- und Migrantenselbstorganisationen, Ehrenamtsnetzwerken, kirchlichen Einrichtungen und vielen weiteren Institutionen.

Die Zahlen sprechen für sich: Seit 2022 wurden im Rhein-Kreis Neuss durch den Jugendmigrationsdienst 856 junge Menschen beraten sowie durch die Migrationsberatung für erwachsene Zuwanderer (MBE) alleine 2.160 Menschen erreicht. Hiervon kamen die meisten aus Syrien, der Ukraine und Afghanistan. Bei diesen Beratungen handelt es sich um essentielle Unterstützungsstrukturen im Bereich Flucht und Migration.

Alleine rund 100 Ratsuchende der Jugendmigrationsdienste im Rhein-Kreis Neuss haben mit dem zuständigen Garantiefonds Hochschule, der ebenfalls von den bundesweiten Kürzungen erfasst worden ist, Unterstützung und Bildungsberatung erhalten, um ihre akademische Laufbahn in Deutschland fortsetzen zu können. Leider hat die Otto Bennecke Stiftung bereits mitgeteilt, dass auf Beschluss der Bundesregierung seit dem 01.08.2023 keine finanzielle Förderung nach den Richtlinien Garantiefonds Hochschulbereich erfolgen darf. Als Begründung werden in einem Schreiben des BMFSFJ Sparmaßnahmen aufgeführt. Im gleichermaßen von den beabsichtigten Kürzungen betroffenen Programm der Respekt Coaches zur Förderung von Respekt, Toleranz und Abbau von Vorurteilen an Schulen geht der gemeldete Bedarf im Rhein-Kreis Neuss weit über die im Kreisgebiet eingesetzten Stellenanteile hinaus. Dies zeigt den ungeheuren, wachsenden Bedarf.

Das oben beschriebene Netzwerk der Verbände der Freien Wohlfahrtspflege und die jahrzehntelange erfolgreiche Beratungstätigkeit unserer Wohlfahrtsverbände im Erstberatungsbereich steht nun zur Disposition, wenn die beabsichtigten Kürzungen im Bereich der MBE Realität werden. Dies kann so, insbesondere unter den Vorzeichen seit Jahren stark wachsender Zuwanderung, die die Kommunen und alle Akteure an ihre Grenzen, und auch bereits darüber hinausbringt, nicht hingenommen werden.

Die beabsichtigten Kürzungen treffen die Verbände und Jugendmigrationsdienste sowie andere Beratungsdienstleister ausgerechnet in einer Zeit massiver Kostensteigerungen im Bereich Energie. Die Inflation ist dabei nicht nur auf den Energiebereich beschränkt, sondern auch auf andere Produkte und Dienstleistungen, insbesondere auf dem Nahrungsmittelsektor.

Eine schwere Belastung stellen auch die durch die Tarifabschlüsse verursachten stark steigenden Personalkosten dar. Viele Verbände und Organisationen mussten daher ihre Angebote und Leistungen bereits reduzieren, weitere Angebote drohen wegzubrechen. Diese können nicht durch andere Träger oder kommunale Strukturen aufgefangen werden. Auch die Kommunen sind bereits vollkommen ausgelastet und arbeiten täglich am Limit. Der Fachkräftemangel verstärkt dieses Problem noch.

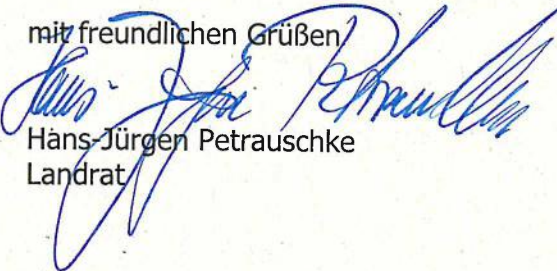
Hier geht es um die Aufrechterhaltung der sozialen Infrastruktur in der Fläche!

Die beabsichtigte millionenschwere Kürzung im Bereich der Freien Wohlfahrtspflege im Bundeshaushalt 2024 kann nicht die Antwort auf die so stark gewachsene Zuwanderung sein. Das steht in deutlichem Widerspruch zur tendenziell steigenden Nachfrage.

Ich möchte Sie, Herr Bundeskanzler, daher inständig bitten, sich mit ganzer Kraft dafür einzusetzen, dass die geplanten Kürzungen im Bereich der Freien Wohlfahrtspflege und der Migrationsberatung zurückgenommen werden.

In der Hoffnung auf Ihre Unterstützung verbleibe ich.

mit freundlichen Grüßen


Hans-Jürgen Petrauschke
Landrat